

Rede der Regionalverbandsdirektorin zum Haushalt 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Regionalversammlung,

heute legt Ihnen die Verwaltung den Haushalt 2026 zur Beratung und Beschlussfassung vor – einen Haushalt, der zeigt, wie ernst die Lage ist und wie viel Verantwortung wir gemeinsam tragen.

Das Gesamtvolumen beträgt rund 760 Millionen Euro.

Davon müssen 368 Millionen Euro über die Umlage der Städte und Gemeinden finanziert werden – ein Plus von gut 57,8 Millionen Euro.

Diese Zahl sorgt in den Rathäusern zu Recht für Unruhe. Unsere Städte und Gemeinden arbeiten bereits am Rande ihrer Möglichkeiten. Viele fragen: Wie sollen wir das noch stemmen? Diese Sorge ist berechtigt – und wir teilen sie.

Unser Haushalt ist ein Spiegel unserer Gesellschaft. Im Regionalverband ballen sich soziale Herausforderungen, die größer werden: die meisten armen Familien, die meisten Geflüchteten. Die sozialen Aufgaben unseres Landes sind hier besonders konzentriert. Vor allem gesetzliche Pflichtaufgaben treiben unseren Haushalt nach oben.

Pflichtaufgaben in sozialer Sicherung, Jugendhilfe, Bildung, Pflege und Gesundheit: Jede neue Vorgabe von Bund und Land wirkt unmittelbar in unseren Haushalt hinein.

Wir haben gegengesteuert – mit strenger Stellenplanung, hoher Sachkostendisziplin und effizienteren Abläufen. Aber dort, wo Menschen einen Rechtsanspruch haben – etwa auf Sozialleistungen – können und wollen wir nicht kürzen.

Sie können mir glauben: In meinem ersten Haushaltsjahr als Regionalverbandsdirektorin habe ich erstens gedacht, in diesem 1.100 Seiten starken Haushalt den Rotstift ansetzen zu können; zweitens habe ich das auch getan; drittens blieb am Ende eine schmerzhaftes Erkenntnis: Die kleinen Rädchen, an denen wir als Regionalverband drehen können, haben kaum etwas mit dem Ergebnis zu tun, das Ihnen heute vorliegt. Zu den großen Rädern komme ich im Folgenden.

Wir erleben große Umbrüche. Unser Haushalt bleibt ein Spiegel dieser Entwicklungen. Auf Landesebene wird um Bildung, Infrastruktur und Pflege gerungen; auf Bundesebene um die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme. Vor Ort spüren wir die Folgen unmittelbar – in Schulen, Jugendhilfe, Pflege und Verwaltung.

Wie verzahnt diese Ebenen sind – zwischen bundespolitischer Aufgabenerweiterung und unserer kommunalen Ebene – möchte ich an zwei kurzen Beispielen verdeutlichen:

Seit dem 1. April 2025 werden Leistungen für neu eingereiste Geflüchtete aus der Ukraine dem Asylbewerberleistungsgesetz zugeordnet. Eine landesweite Ausgleichslogik, orientiert an Mechanismen anderer Bundesländer, ist im Saarland noch nicht abschließend geregelt. Die Mehrkosten treffen daher sofort die kommunalen Sozialhaushalte. Der Punkt ist selbstverständlich auf Landesebene adressiert und wird dort derzeit verhandelt.

Ein zweites Beispiel ist die Jugendhilfe, die ebenfalls ein wesentlicher Kostentreiber ist. Rund 80 Prozent unseres gesamten Haushalts entfallen auf die Bereiche Jugend und Soziales. Am Beispiel der Jugendhilfe möchte ich das erläutern: Es gibt eine Vereinbarung, die dem sogenannten Kinder- und Jugendstärkungsgesetz folgt. Darin ist verankert, dass in den stationären Hilfen ein besserer Betreuungsschlüssel angelegt werden muss. Das ist eine politische Entscheidung, die auf einer pädagogischen Forderung beruht und landesweit transparente Qualitätsstandards absichert.

Zugleich steigen die Tagessätze in Heimeinrichtungen und Wohngruppen für Kinder und Jugendliche um rund 25 Prozent. Im Jugendamt bedeutet das einen Mehrbedarf von etwa 6,7 Mio. Euro in den sogenannten Hilfen zur Erziehung. Und auch die Zahlen der untergebrachten Kinder und Jugendlichen in Wohngruppen und Heimen nehmen zu.

Ähnlich entwickelt sich die Hilfe zur Pflege im Sozialamt: Unsere Gesellschaft wird älter; immer mehr Menschen sind auf ergänzende Leistungen angewiesen.

Ansprüche – etwa auf Wohngeld oder Hilfe zur Pflege – werden bei uns bearbeitet und kommen den Menschen zugute; die Fallzahlen steigen demografisch bedingt.

Das ernüchtert – und zeigt unsere Grenzen. Die Stellschrauben, an denen wir selbst drehen können, sind begrenzt. Der Haushalt bildet vor allem gesellschaftliche Entwicklungen ab.

Wenn wir über Ausgaben sprechen, sprechen wir über Menschen. Der größte Teil unseres Haushalts fließt in gesetzliche Pflichtaufgaben – Leistungen, auf die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch haben.

2026 steigen die Aufwendungen des Sozialamts um rund 14,5 Millionen Euro – der größte Einzelzuwachs im Ergebnishaushalt. Besonders sichtbar ist das in der Hilfe zur Pflege.

Ein Beispiel: 2022 kostete ein vollstationärer Heimplatz – der häufigste Fall ist der Pflegegrad 3 - im Schnitt 3.700 € im Monat; nach Leistungen der Pflegekasse blieb ein Eigenanteil von 2.370 €.

Aktuell liegen die Gesamtkosten bei 4.700 €, der Eigenanteil bei 3.100 € – über 30 Prozent mehr. Weil Einkommen und Renten nicht Schritt halten, steigen unsere Zuschüsse je Person auf 1.448 € pro Monat – 48 Prozent mehr als 2022. Das hängt unter anderem auch mit der tarifbedingten Steigerung der Löhne in der Pflege zusammen. Und hier wird wieder deutlich: Zugrunde liegen politische Entscheidungen, die wir selbst und der Großteil unserer Gesellschaft sehr begrüßen. Pflege muss gut entlohnt werden. Es zeigt aber auch: Diese gute Entscheidung hat direkte Auswirkungen auf unseren Haushalt und damit auch auf die Frage, wie viel Geld unsere Städte und Gemeinden am Ende übrig haben.

Auch die Hilfen zur Gesundheit wachsen: Mit belastbaren Abrechnungsdaten erhöhen wir den Ansatz um über 5 Mio. € auf insgesamt 11 Mio. € – unter anderem für Menschen ohne regulären Krankenversicherungsschutz. Hinzu kommen die Mehrkosten im Asylbewerberleistungsgesetz- wie ich Eingangs beschrieben habe.

Neben der Einzelfallhilfe richtet sich der Blick nach vorn: Mit der Sozialstrukturplanung wollen wir Bedarfe früher erkennen und Angebote gezielter steuern – damit Hilfe ankommt, bevor Not groß wird.

Einen Schritt davor ist das Jobcenter die Brücke zurück in Arbeit. Trotz deutlicher Mittelkürzungen 2025 gelang es, die Lage am saarländischen Arbeitsmarkt abzufedern: Die Arbeitslosigkeit im SGB II sank im September um 1,1 Prozent auf 13.044 Personen. Auch bei den Bedarfsgemeinschaften erwarten wir einen Rückgang um 3 Prozent im Jahr 2026.

Bis Jahresende werden über 6.300 Integrationen in Arbeit oder Selbstständigkeit erwartet – darunter 603 Ukrainer und weitere 1.341 Zugewanderte aus den acht herkunftsstärksten Asylzugangsländern. Das ist bei aller Rahmung Drumherum ein großer Erfolg!

Im Teilhabechancengesetz bestehen rund 330 geförderte Arbeitsverhältnisse für Langzeitarbeitslose – ermöglicht auch durch eine Co-Finanzierung durch den Regionalverband, die Arbeitgebern Sicherheit gibt.

2026 rechnen wir mit etwas mehr Eingliederungsmitteln; das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erwartet moderate Beschäftigungszuwächse. Parallel stellen wir die sichere digitale Kommunikation auf jobcenter.digital um und haben Bürgerterminals eingerichtet, damit Unterlagen niederschwellig digital eingereicht werden können. Das Ziel bleibt: Integration vor Transfer – mit Würde, Qualifizierung und echter Perspektive.

Meine Damen und Herren,

Soziale Sicherheit ist kein Randthema, sie ist Grundlage des Zusammenhalts. Wir erfüllen unsere Pflichtaufgaben zuverlässig – mit Augenmaß, mit strenger Ausgabensteuerung und dort, wo nötig, mit klaren Investitionen. Denn wer heute in Kinderschutz, Bildung und Gesundheit investiert, sichert morgen Stabilität – für die Menschen im Regionalverband und für die kommunalen Haushalte gleichermaßen.

Der Jugendhilfehaushalt steigt im kommenden Jahr auf rund 231 Mio. €. Das sind keine Verwaltungszuwächse, sondern Verantwortung: Kinderschutz, Hilfen zur Erziehung, Inklusion, frühe Bildung. Und es wird Sie nicht überraschen. Die Kostensteigerungen in Jugend- und Eingliederungshilfe werden nicht nur hier und jetzt in der Regionalversammlung debattiert – sie werden auch bundesweit diskutiert. Auch die steigenden Bedarfe finden immer mehr Einzug in die Debatten.

Der Bedarf an Unterstützung in der Schule durch Integrationshelfer nimmt weiter zu: Zum Ende letzten Jahres waren 237 Einzelfallhilfen bewilligt, bereits im September waren es 281 – ein Plus von über 18 Prozent.

Unsere Kinder- und Jugendärzte sagen: Was vor zehn Jahren selten war, ist heute Praxisalltag – Autismus- und ADHS-Diagnosen, mit allem, was an Hilfe, Therapie und Förderung dranhängt.

Wir reagieren zweigleisig: Einzelfallhilfen, wo es notwendig ist, und Infrastrukturmodelle dort, wo Unterstützung in die Lerngruppe integriert werden kann. Das entstigmatisiert Kinder, stabilisiert Unterricht, schont Fachkräfte-Ressourcen und ist gesamtwirtschaftlich günstiger. Die Jugendhilfeplanung bleibt hier das strategische Herz: Mit ISA+ starten wir im nächsten Jahr an acht Schulstandorten gemeinsame Infrastrukturangebote mit dem Landesamt für Soziales – inklusiv, alltagsnah, wirksam.

Größter Zukunftshebel bleibt die frühkindliche Bildung. Die Ausgaben für Kitas steigen im kommenden Jahr um 5,2 Mio. €. Die Krippenbedarfsdeckung liegt mit 32 Prozent leider noch immer deutlich unter dem Bundesschnitt. Mit der gesetzlichen Beitragsfreiheit ab 2027 wird die Nachfrage weiter steigen. Daher haben wir allein in diesem Jahr durch Neubau, Ersatzbau und Erweiterung 758 neue Plätze geschaffen. Auch die Kindertagespflege betreut stabil ca. 500 Kinder; die 2025 erhöhten Leistungen sichern Qualität und Verlässlichkeit.

Wir bauen weiter – damit der Rechtsanspruch kein Papierversprechen bleibt und Familien verlässlich planen können.

Gerade in diesem Zusammenhang sagen wir:

Geburtenrückgang heißt nicht, dass wir beim Kita-Ausbau auf die Bremse treten sollten: Wer - sachlich richtig - mehr Erwerbstätigkeit einfordert, muss diese Realität in Ausbildungsquoten, verlässlicher Finanzierung und vorausschauender Planung abbilden. Durch Betreuungsplätze heben wir Fachkräftepotenziale. Gerade hier bei uns. Verlässliche Betreuung eröffnet Eltern Chancen auf Arbeit und Qualifizierung – in Zeiten, in denen immer weniger Köpfe mehr schultern müssen.

Doch neben stabilen Betreuungsangeboten bleibt die Kernaufgabe unseres Jugendamtes der Kinderschutz. Dieser wird neu durch die landesrefinanzierte Netzwerkkoordination gestärkt.

Auch Jugendbeteiligung ist mit dem saarländischen Gesetz unser aller verbindlicher Auftrag. Demokratiebildung ist Mission und Alltagspraxis in unseren Jugendzentren. Ein dringend notwendiger Ansatz – in Zeiten, in denen Desinformation Vertrauen aushöhlt, der Ton rauer wird und extremistische Angebote gezielt um junge Menschen werben.

Demokratie beginnt mit Teilhabe – und Gesundheit ebenfalls. Wer informiert ist und Zugang hat, entscheidet selbstbestimmt: über Mitsprache und über Vorsorge. Genau hier setzt unser Gesundheitsamt an.

Gesundheit beginnt im Alltag: im Stadtteil, in der Schule, im Pflegeheim. Unser Gesundheitsamt ist dort präsent – Partner, Begleiter, Schutzschild. Es sorgt dafür, dass Regeln wirken, Hilfe ankommt und Risiken früh erkannt werden.

Zum täglichen Auftrag gehören Infektionsschutz, Hygieneüberwachung, Impfangebote, Schuleingangsuntersuchungen und amtsärztliche Gutachten. Wir haben unsere Krisenfähigkeit gezielt gestärkt und reagieren schnell, wenn neue Risiken auftauchen – zuletzt etwa beim Thema Tigermücke.

Mit dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz sind die Anforderungen an den Sozialpsychiatrischen Dienst gewachsen: mehr Fälle, mehr Koordination, mehr Begleitung – immer mit dem Ziel, früh zu stabilisieren, Eskalationen zu vermeiden und Zugänge in das Hilfesystem zu sichern. Das gelingt nur im Verbund: mit Kliniken, Trägern, Kommunen und den eigenen Fachdiensten.

Ein Schwerpunkt ist die Gesundheitsförderung – besonders für ältere Menschen. Wir investieren rund 1,6 Mio. € in Programme zu Bewegung, Ernährung und psychischer Gesundheit sowie in über 20 quartiersbezogene Projekte. Das ist kluge Prävention vor Ort: Sie spart Folgekosten, vor allem aber stärkt sie Selbstständigkeit, Lebensqualität und Teilhabe.

Die Betreuungsbehörde sorgt dafür, dass Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Sie vermittelt und begleitet Menschen sicher durch Verfahren, wenn sie ihre Angelegenheiten nicht mehr allein regeln können. Der Bedarf an gesetzlichen Betreuungen wächst, gleichzeitig fallen immer mehr verlässliche Berufsbetreuer altersbedingt weg. Vor einem Jahr haben sie als Regionalversammlung deshalb einstimmig einen Antrag beschlossen, nachdem 5.000 Euro als Unterstützung für die Qualifizierung neuer Berufsbetreuer in den Haushalt 2025 aufgenommen wurde. Ich kann Ihnen heute dazu zurückmelden, dass wir dies als Verwaltung in einer Richtlinie umgesetzt und bereits sieben Förder-Anträge erhalten haben.

Das Prostituiertenschutzgesetz setzen wir saarlandweit um – mit Beratung, Schutzkonzepten und rechtlicher Klarheit. Diese Aufgabe ist landesrefinanziert und sorgt dafür, dass Betroffene Zugang zu Hilfe haben und Betriebe rechtssicher handeln.

Unser Kompass bleibt klar: Prävention vor Intervention, digital und datensicher arbeiten, nah an den Lebensorten handeln und eng vernetzt. Die Pandemie hat uns deutlich gezeigt:

Ein starker Öffentlicher Gesundheitsdienst ist Daseinsvorsorge – leise, jeden Tag, genau dort, wo Menschen leben.

Meine Damen und Herren,

Jeder Euro in frühe Bildung zahlt sich gesellschaftlich mehrfach aus – in besseren Abschlüssen, weniger Soziallasten und höherer Erwerbsbeteiligung.

Bildung entscheidet, ob Kinder Chancen bekommen und ob unsere Region Fachkräfte hält. Darum investieren wir – trotz enger Kassen – zielgerichtet und wirksam.

Seit 2019 haben wir mit dem Digitalpakt rund 13 Mio. Euro in die IT unserer Schulen investiert – davon etwa 8 Mio. Euro in Hardware. Diese Technik muss turnusmäßig erneuert werden. Der Bund plant einen Digitalpakt 2.0 - voraussichtlich mit weniger Mitteln und unklarer Landesverteilung. Diese Gelder sind für Betrieb und Wartung gedacht.

Gleichzeitig stehen in den nächsten zwei Jahren rund 20.000 Leih-Endgeräte zur Erneuerung an.

Unser Standpunkt ist klar: Konnexität gilt. Der Austausch der Leihgeräte ist Landesaufgabe – sonst fehlt das Geld für Wartung und Erhalt der Infrastruktur. Wir handeln trotzdem: Im Haushalt 2026 stellen wir 950.000 Euro bereit – für

Beamer, Netzwerkkomponenten und den Austausch von rund der Hälfte der Serversysteme an den Schulen, in denen unser IMZ zuverlässig für stabile Netze, Support, IT-Sicherheit und vieles mehr sorgt.

Nach dem erfolgreichen Austausch und der Wartung unserer IT-Infrastruktur durch das IMZ stehen wir dann vor einer weiteren wichtigen Entscheidung:

Die Regionalversammlung hat im April 2025 entschieden, die Vereinbarung zur Schulbuch- und Medienausleihe von 2017 zu kündigen. Bis Ende 2026 brauchen wir eine tragfähige neue Regelung.

Klar ist: Kosten steigen – für Bücher, Lizenzen und Infrastruktur wie Ladeschränke und Raumbedarf. Die Förderschulen mit Schwerpunkt geistige Entwicklung sind seit Jahren am Limit. Emmersweiler und Moselstraße wuchsen von 84 Schülerinnen und Schülern im Jahr 2020 auf 136 im aktuellen Schuljahr – das sind über 60 Prozent mehr.

Deshalb schaffen wir jetzt Raum: Wir mieten Räume der Cura-Med Süd-Warndt-Klinik und eröffnen dort eine Dependence der FSG Emmersweiler. Kosten: rund 120.000 Euro pro Jahr.

Auch beim Schülertransport erwarten wir eine deutliche Kostensteigerung von 2,7 Mio. auf 3,9 Mio. Euro. Gründe hierfür sind Preiserhöhungen und mehr notwendige Beförderungen, u. a. an Förderschulen G sowie Einzelfahrten in schwierigen Fällen.

Parallel dazu richten wir den Fokus auf die Investitionen, die Unterricht und Schule stärken

Das Startchancen-Programm ist ein zehnjähriges Bund-Länder-Vorhaben, das den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppelt. Im Gebiet des Regionalverbands sind 33 Schulen beteiligt, 17 davon in unserer Trägerschaft. Unsere Rolle ist klar: Wir setzen um, planen mit und nutzen die Fördermittel vollständig. So setzen - neben den Vorhaben im Schulverwaltungsamt - beispielsweise auch das Jugendamt und der Schulpsychologische Dienst an 29 Schulen multiprofessionelle Teams ein – präventiv, alltagsnah und stabilisierend direkt im Klassenalltag.

Was das Schulverwaltungsamt mit den Schulen plant – Ganzttag, Startchancen, Inklusion, Schul-IT –, setzt das Bauamt in bauliche Realität um: von der Unterhaltung im laufenden Betrieb bis zum Großprojekt.

Jährlich steuern wir im Bauamt rund 3.300 einzelne Aufträge, prüfen etwa 6.200 Rechnungen und geben sie frei. Ab 2026 stellen wir den Haushalt konsequent zahlungsorientiert auf und nutzen Verpflichtungsermächtigungen. Große Vorhaben werden damit mehrjährig abgebildet – verlässlicher für Planung und Umsetzung.

Im Bauunterhalt haben wir einen exakten Bedarf von 14,18 Mio. Euro ermittelt – über 50 Standorte und 76 Maßnahmen, von WC-Sanierungen über Beleuchtung und Bodenbeläge bis zu Malerarbeiten. Weil Mittel erfahrungsgemäß nicht vollständig abfließen, veranschlagen wir realistisch eine Pauschale von 11 Mio. Euro. Das bedeutet keine Streichungen, sondern eine ehrliche Abbildung dessen, was im Jahr auch tatsächlich umgesetzt und bezahlt werden kann.

Im Finanzhaushalt sinkt der Ansatz systembedingt von 79 Mio. Euro im Jahr 2025 auf 26 Mio. Euro im kommenden Jahr – nicht, weil wir weniger vorhaben, sondern weil die Zahlungsflüsse nun über mehrere Jahre dargestellt werden.

Bei allen Maßnahmen prüfen wir gezielt Förderprogramme. Das Schulbauprogramm „Baustein“ umfasst rund 13 Mio. Euro, aus GRW stehen über 20 Mio. Euro bereit – unter anderem für das BBZ Völklingen und das TGBBZ Mügelsberg.

Bei unserem Leuchtturmprojekt Bildungscampus West haben wir brandaktuell den Architektur-Realisierungswettbewerb 2025 abgeschlossen. Der Bildungscampus West ist für uns eine einmalige Gelegenheit, Schule wirklich neu zu denken. Der ausgezeichnete Entwurf zeigt, welches Potenzial in diesem gemeinsamen Projekt von Regionalverband und Landeshauptstadt steckt: Er verbindet eine Pädagogik, die auf Eigenverantwortung und gemeinsames Lernen setzt, mit einer klar gegliederten, lichtdurchfluteten Architektur und einem nachhaltigen Konzept. Damit schafft er eine starke Grundlage für die weitere Planung eines lebendigen Campus sowie modernen Lernorts in Burbach. Ich lade Sie ein, sich die spannenden Entwürfe noch bis 18. November in der Ausstellung anzuschauen.

Für die Europäische Schule sichern wir den Übergang: Der Standort Paul-Schmook-Schule wird räumlich erweitert, um den Aufwuchs bis zur Endstandort-Entscheidung zu ermöglichen. Der Bauantrag folgt nach Zusage des Landes zur 50-prozentigen Kostenbeteiligung – wie von der Regionalversammlung beschlossen.

Unser Prinzip bleibt: realistisch planen, mehrjährig abbilden, Fördermittel sichern – und so wirtschaftlich bauen, sanieren und ertüchtigen, mit Blick auf Unterrichtsqualität und Betriebskosten.

Mit der städtischen GIU arbeiten wir nicht nur im Schulbauprojekt Bildungscampus eng zusammen, sondern auch bei einem wichtigen Verwaltungsgebäude: Mit dem Plaza Nord in Saarbrücken-Burbach schaffen wir auch für unsere Beschäftigten moderne Arbeitsplätze: Im Sommer ziehen Gesundheitsamt und Schulpsychologischer Dienst in das neue, zukunftsgerichte Gebäude. Durch Raumverdichtung entstehen zusätzliche Arbeitsplätze – und die Fremdanmietung für den Schulpsychologischen Dienst kann entfallen. Das ist besser für die Teams und spürbar für den Haushalt.

Gleichzeitig treiben wir die Digitalisierung voran: 2026 werden weitere Organisationseinheiten an den digitalen Posteingang angeschlossen. Die EU-weite Neuausschreibung für die zentrale Scanstelle ist gestartet; damit wird die vollständige Anbindung der Verwaltung möglich. Das bedeutet schnellere Abläufe, mehr Transparenz und höhere Revisionssicherheit – quer durch alle Fachdienste.

Auch bei Sonderaufträgen bleibt unser Hauptamt verlässlich: Die vorgezogenen Bundestagswahlen 2025 liefen reibungslos und die um sechs Wochen vorgezogene Haushaltsplanung mit verlegten Ausschuss- und Gremiensitzungen hat unser Gremiensekretariat souverän organisiert.

Und trotz Baustelle hatten wir eine außergewöhnlich starke Veranstaltungssaison: Bal Populaire, italienisches Fest – gekrönt vom dreitägigen Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit. Nach offiziellen Angaben kamen rund 400.000 Menschen nach Saarbrücken und konnten auf der SR-Hauptbühne vor unserem Schloss u.a. Ray Garvey und den Prinzen lauschen und im Schlossgarten Kunstwerke entstehen sehen.

Unsere eigenen Reihen unterstreichen die Anziehungskraft des Ortes und das

nahtlose Zusammenspiel unserer Verwaltung im Fachdienst 60 und Hauptamt: „Sonntags ans Schloß“ zählt jährlich etwa 25.000–30.000 Besucher, Unplugged im Schloss begeistert von a capella-Jazz und „Kultur für Kids“ erreicht rund 6.000 Interessierte.

Und unser Dienstältester Mitarbeiter, das Schlossgespenst, spukt jeden Sonntag seit über 1000 Jahren – seit ein paar Jahren sogar bilingual - durch unser Bürgerschloss.

All das zeigt: Kulturelles Angebot und Tourismus sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – Gästeankünfte und Übernachtungen liegen rekordverdächtig über dem Bundesdurchschnitt. Die Übernachtungszahlen im Regionalverband zeigen ein aktuelles Plus von fast 5 Prozent gegenüber letztem Jahr und sogar über 27 Prozent gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019! Unsere gemeinsame Strategie mit der Landeshauptstadt – #visitsaarbruecken – wird daher 2026 fortgeschrieben.

Kultur und Veranstaltungen wirken als weicher Standortfaktor: Sie schaffen Frequenz, Image, Wertschöpfung und Jobs – und stärken am Ende auch die kommunale Einnahmehasis.

Das zählt direkt auf Wertschöpfung, Lebensqualität und stabile Haushalte ein – quer durch den Regionalverband.

Meine Damen und Herren,

Schauen wir heute nicht nur quer durch den Regionalverband - sondern quer über den Schlossplatz- dann blicken wir auf das mit Abstand größte Weiterbildungsinstitut im Saarland – unsere Volkshochschule. Offen für alle, unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status. In Zeiten großer Umbrüche hält sie die Bildungsbrücke: Menschen entwickeln sich weiter, erweitern Kompetenzen und gestalten ihr Leben und unsere Gesellschaft aktiv mit.

Allein im ersten Semester 2025 haben über 26.000 Menschen Kurse und Einzelveranstaltungen der vhs Regionalverband Saarbrücken besucht. Insgesamt gab es über 2.500 Kursangebote. 580 davon haben an den 10 örtlichen Außenstellen der vhs stattgefunden, also in Dudweiler, Halberg, Altenkessel, Klarenthal, Gersweiler, Friedrichsthal, Großrosseln, Heusweiler, Kleinblittersdorf, Püttlingen, Quierschied und Riegelsberg.

Die Volkshochschule bleibt eine feste Marke, die unverwechselbar ist und vor Ort identitätsstiftende und bindende Wirkung hat. Auch in Zukunft soll die Volkshochschule modern und innovativ aufgestellt sein. In unserem Programm spiegeln sich Trends, spiegeln sich Bildungsbedürfnisse von Menschen. Die Volkshochschule Regionalverband Saarbrücken gilt heute als anerkannte, leistungsfähige und innovative Weiterbildungseinrichtung.

Meine Damen und Herren,

Wirkung entsteht durch Menschen – unterstützt von Systemen, die funktionieren. Unser Anspruch: weniger Reibung, mehr Zeit fürs Wesentliche, bessere Services für die Bevölkerung. Digitalisierung dient diesem Zweck. Vor diesem Hintergrund nun der Blick auf Personal und digitale Infrastruktur.

Unser Personalhaushalt 2026 folgt einem klaren Prinzip: Aufbauen nur dort, wo Rechtspflichten und übertragene Aufgaben es verlangen; alles andere lösen wir über Priorisierung, Zusammenarbeit und digitale Abläufe.

Der Stellenplan weist 1.535,5 Planstellen aus – 16,5 mehr als 2025.

Die umlagewirksamen Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen auf über 127 Mio. €. Bereinigt um die einkalkulierten Tarifierhöhungen bleibt ein struktureller Mehrbedarf von 0,80 Mio. €. Das ist bewusst maßvoll.

Wofür stehen die zusätzlichen Stellen – und warum sind sie nötig?

Wir sichern die Einhaltung bundes- und landesrechtlicher Vorgaben mit einer Stelle für Zivile Alarmplanung, damit die Verwaltung im Spannungs- oder Verteidigungsfall einsatzbereit ist.

Mehr Schulbau und komplexere IT-Landschaften brauchen stabile Administration und Projektsteuerung – wir schaffen zwei Stellen Digitalisierung/Planung damit der Unterricht läuft und Bauvorhaben termin- und zahlungsfähig bleiben.

Eine zweite Assistenzstelle im Ermittlungsdienst im Sozialamt erlaubt präzisere Prüfungen – zum Beispiel der Wohnungsausstattung - und hilft, Sachkosten messbar zu senken.

Kinderschutz kennt keine Bürozeiten. Nach der Kündigung des externen Trägers stellen wir Abend- und Wochenenddienste in Eigenverantwortung mit zwei Sozialarbeitern sicher – mit einem rollierenden Modell, das Verlässlichkeit schafft.

Nach einem Pilotjahr verstetigen wir das Infrastrukturangebot mit 6 Infrastrukturhelferinnen: kontinuierliche Unterstützung im Schulalltag statt vieler Einzelfallhilfen. Das Ergebnis ist ein besseres Lernklima, stärkere Inklusion, wirtschaftlicherer Einsatz der Mittel.

Die rund 1.250 Begutachtungen und Beratungen nach SGB II jährlich erfordern eine amtsärztliche Stelle, finanziert aus Mitteln des Jobcenters.

Ein Facharzt für Psychiatrie, 3 Sozialarbeiter und eine halbe Verwaltungsstelle sichern Versorgung, Fallsteuerung und Mitarbeit in der Psychiatriekommission. Der Mehrbelastungsausgleich sorgt für die vollständige Gegenfinanzierung.

Unser roter Faden bleibt: interdisziplinär arbeiten, Synergien nutzen, digital unterstützen – und nur dort aufstocken, wo Recht und Verantwortung es zwingend machen.

Der Regionalverband investiert in eine Verwaltung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Digitalisierung aktiv, strategisch, sozial und nachhaltig gestaltet. Wir haben bereits wichtige Schritte getan: Digitalisierungs-, Virtualisierungs- und KI-Projekte laufen – wir sind auf gutem Weg, auch wenn noch Arbeit vor uns liegt.

Im kommenden Jahr gehen wir weiter: Wir setzen KI-gestützte Anwendungen dort ein, wo sie ganz praktisch helfen – etwa mit intelligenter Dokumentenverarbeitung und vorbereitenden Entscheidungshilfen. So werden Ressourcen gezielter genutzt und Mitarbeitende entlastet – die Entscheidungen bleiben selbstverständlich beim Menschen. Parallel bauen wir die Virtualisierungsinfrastruktur und cloudbasierte Systeme aus. Damit schaffen wir „digitale Arbeitsplätze“: einheitliche, einfache Zugänge zu Programmen und Fachverfahren – orts- und zeitunabhängig. Cloud-

Dienste und Kollaborationstools erleichtern den reibungslosen Zugriff auf Akten, Vorgänge und Dokumente und fördern die Teamarbeit. Unser Ziel ist klar: so digital, papierarm und medienbruchfrei wie möglich arbeiten.

Das hat auch wirtschaftliche Effekte: Redundanzen vermeiden, IT-Investitionen gezielt einsetzen und bei neuen Anforderungen schnell reagieren. Und noch etwas gewinnt: Mit modernen Arbeitsmodellen steigt die Attraktivität als Arbeitgeber – ein Pluspunkt im Wettbewerb um dringend benötigte Fachkräfte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben heute gezeigt, wie der Regionalverband Saarbrücken in unruhigen Zeiten Stabilität, Unterstützung und Orientierung gibt – dort, wo es zählt: Soziales, Jugend und Bildung, Gesundheit, Regionalentwicklung und Weiterentwicklung unserer Verwaltung. Dieser Haushalt ist kein Wunschkonzert, sondern ein Spiegel der gesellschaftlichen Herausforderungen. Er schützt das Fundament – und öffnet zugleich Türen für notwendige Veränderung. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren großen Einsatz. Stellvertretend danke ich den Dezernentinnen und Dezernenten Eva-Maria Lehne-Bernd, Kerstin Theobald und Eric Haßdenteufel sowie den ehrenamtlichen Beigeordneten, die meine Arbeit verlässlich unterstützen. Die Haushaltsberatungen verliefen – wie in den Vorjahren – sachlich, fair und respektvoll. Dafür danke ich Ihnen allen – und ausdrücklich den Mitarbeitenden der Kämmerei.

Auch möchte ich mich bei Ihnen bedanken, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Regionalversammlung.

Sie nehmen Ihre Rolle als Souverän dieses Hauses ernst – mit Zeit, Haltung und Sachverstand, oft zusätzlich zu beruflichen und familiären Verpflichtungen.

Sie tragen Verantwortung für Entscheidungen, die morgen in den Rathäusern und bei den Menschen zu Hause ganz konkret wirken.

Sie scheuen die Auseinandersetzung nicht, sondern führen sie respektvoll und ergebnisorientiert.

Unterschiedliche Positionen gehören dazu; entscheidend ist, dass am Ende ein gemeinsamer, tragfähiger Beschluss steht.

Für diesen Einsatz, für diese Verlässlichkeit und für den gelebten Schulterschluss in unserer kommunalen Familie danke ich Ihnen ausdrücklich.

Nur so bleibt der Regionalverband arbeitsfähig – und nur so wird aus einem Zahlenwerk ein Haushalt, der trägt.

Die Daten des Haushaltsentwurfs 2026 liegen Ihnen schriftlich vor. Auf dieser Grundlage bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, zum Investitionsprogramm 2026–2029 und zum Stellenplan 2026.